Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 33 (2014)

Heft: 65

Artikel: Schutz der Wohlstands-Festung? : Wenn Rassismus und Ökologie die Nation begründen

Autor: Glättli, Balthasar / Niklaus, Pierre-Alain

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652392

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Balthasar Glättli / Pierre-Alain Niklaus

Schutz der Wohlstands-Festung?

Wenn Rassismus und Ökologie die Nation begründen

«Die Schattenseite des Überflusses ist der überflüssige Mensch.»
(Trojanow 2013, 38)

Das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) am 9. Februar 2014 stellt für die Schweiz eine politische Zäsur dar. In diesem Beitrag versuchen wir, Argumentationsmuster der Initiativbefürworter nachzuzeichnen. Wir kritisieren drei zentrale Sachverhalte, die auch nach links anschlussfähig sind: das Primat der Politik über die Wirtschaft, die Wachstumskritik und die Natürlichkeit. Und wir fragen: Wie könnte die ökologische Linke auf die gegenseitige Verstärkung von rassistischen und ökologischen Argumentationen reagieren? Wir gehen davon aus, dass diese Frage essenziell ist, weil bevölkerungspolitische Auseinandersetzungen die politische Debatte in der Schweiz über den 30. November 2014, hinaus dem Abstimmungstermin über die Ecopop-Initiative (Ecopop 2012)[1], mitprägen werden.

Schlaue Taktik: Selbstbestimmung versus Globalisierung

Die Abstimmung zur MEI ist nicht nur wegen ihres Resultats nicht mit früheren Auseinandersetzungen um die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU zu vergleichen. Auffallend an der Ja-Kampagne war, dass sie – eher untypisch für die Schweizerische Volkspartei (SVP) – nicht die europäische Integration und die Beziehungen zur EU als solche attackierte. Im Gegenteil: Die bilateralen Verträge würden nicht bedroht, so wurde immer wieder betont. Gefordert werde mit der Initiative nicht deren Kündigung, sondern bloss Nachverhandlungen, hiess es auch im Bundesbüchlein.[2] Auch andere Staaten hätten längst ihre Probleme mit der Personenfreizügigkeit und nähmen die Nachverhandlungen mit der Schweiz wohl zum Anlass, den unantastbaren Status der Personenfreizügigkeit als eine der vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes zu hinterfragen.

Die Initiativbefürworter versuchten damit, die Debatte stärker auf der Achse «Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Schweiz» versus «EU-Diktat» zu platzieren. So wurde die kommende Auseinandersetzung um

die institutionellen Fragen zwischen der Schweiz und der EU (Medienmitteilung EDA 2014) bereits vorausschauend aufgenommen und gleichzeitig vermieden, dass die Initiative allzu stark in die Abschottungsecke gestellt werden konnte.

Diese positive Betonung der (nationalen) Selbstbestimmung ist durchaus auch in Teilen der Linken anschlussfähig. Ob als politische Gegenreaktion auf die Globalisierung der Wirtschaft und die Übermacht der Multis oder als subjektive Reaktion auf ein verbreitetes Gefühl des «Kontrollverlustes» – die Idee, durch mehr aktive politische «Steuerung» wieder mehr Sicherheit und neue Handlungsspielräume zu erlangen, ist verbreitet: rechts wie links. Der Rekurs auf den Nationalstaat ist in diesem Kontext auch naheliegend, wird doch Selbstbestimmung gerade im eidgenössischen Kontext immer auch mit direktdemokratischer Mitsprache in Verbindung gebracht.

Allerdings sind die hohen Erwartungen hinter der Forderung, das Primat der Politik über die Wirtschaft zu erneuern, einer falschen Analyse geschuldet. Dass die SVP zwar gegen die Personenfreizügigkeit mobil macht, aber gegen enge wirtschaftliche Zusammenarbeit und möglichst schrankenlosen Freihandel nichts einzuwenden hat, bestätigt dies im Grundsatz.[3] Gerade die zweite Globalisierung[4] – ebenso wie die wachsende Dominanz des Neoliberalismus seit den 1980er-Jahren – ist schliesslich weder ein Naturereignis noch ein Sieg der Wirtschaft, den diese selbständig in direkter Auseinandersetzung gegen die nationalstaatlichen Regulierungen errungen hätte. Vielmehr sind Globalisierung und neoliberaler Wandel im Kern auf eine *politisch* gesteuerte und von den politischen Mehrheiten *gewollte* Veränderungen der nationalen und internationalen Rahmenbedingungen zurückzuführen, wie z. B. internationale Freihandelsabkommen. Der Verzicht auf politische Einflussnahme ist damit keine Niederlage der institutionellen Politik gegenüber der Wirtschaft, sondern der Sieg einer bestimmten politischen Mehrheit. Deren inhaltliche Ziele würden sich auch dann nicht ändern, wenn die Forderung nach mehr Einfluss der institutionellen Politik auf andere Bereiche formell erfolgreich wäre (Glättli 2007).

Wachstumskritik von rechts

Statt mit dem Widerstand gegen die europäische Integration argumentierten die Befürworter der Initiative – passend zum Initiativtitel – primär gegen die Anzahl der Zuwandernden und stellten dies in den Kontext einer allgemeinen Wachstumskritik. In der ersten Phase ihrer Kampagne wurde mit dem Slogan «Masslosigkeit schadet!» zum Kampf gegen Zersiedelung, Verkehrswachstum und steigenden Energieverbrauch aufgerufen.[5] Parallel dazu verneinten sie die Gültigkeit des Wirtschaftswachstums als Wohl-

standsbarometer: Die Debatte, dass ein höheres BIP noch lange nicht mit mehr Wohlfahrt gleichzusetzen ist, wurde in der Schweiz wohl noch nie so prominent geführt. Mit dieser Positionierung wurde in gewisser Weise eine Auseinandersetzung vorweggenommen, die an der Urne erst mit der Abstimmung über die sogenannte Ecopop-Initiative (Ecopop 2012) ansteht.

Bei den Ecopop-BefürworterInnen finden sich die gleichen Argumente wieder, welche die erste Phase der Kampagne der Befürworter der MEI prägten: Wachstum ist kein erstrebenswertes Ziel, vielmehr gilt es, andere Güter zu schützen, vorab die «Heimat» und deren Landschaft. Und als Wurzel der wesentlichen Probleme wird global wie national ein überbordendes Bevölkerungswachstum identifiziert.

Die alte «Das Boot ist voll»-Rhetorik wird in beiden Fällen neu mit ökologischer Bedeutung aufgeladen (Glättli/Niklaus 2014, 99ff.). Die in der modernen ökologischen Bewegung verbreitete Rede von der sich unsichtbar anstauenden Katastrophe (ebd., 23) passt bestens zum Klagen über den Verlust der Kontrolle über die Einwanderung, dem durch die Wiedereinführung einer politischen Kontrolle durch Einwanderungskontingente (MEI) oder der kategorischen Beschränkung auf 0,2 Prozent (Ecopop) begegnet werden soll.

In den letzten Wochen vor der Abstimmung ergänzte die SVP ihre Botschaft. In Inseraten wurde mittels statistischer Säulendiagramme die drohende «Überfremdung» sichtbar gemacht. Damit wurde scheinbar objektiv dargestellt, was wirklich «zu viel» ist: nämlich zu viele (fremde) Menschen. Damit schrieb sich die SVP in einen Diskurs ein, der von einem der Ecopop-Vorbilder, dem Biologen Paul R. Ehrlich, in seinem Bestseller «Die Bevölkerungsbombe» auf die folgende einfache Formel gebracht worden war: «Zu viele Autos, zu viele Fabriken, zu viele Pflanzenschutzmittel, mehr und mehr Kondensstreifen, unzureichende Abwasserkläranlagen, zu wenig Wasser, zu viel Kohlendioxid – lauter Probleme, die unschwer auf zu viele Menschen zurückzuführen sind.» (Ehrlich 1973, 46)

Das «Natürliche» in Rassismus und Ökologie

Wer einen kritischen Blick auf die Ursprünge der modernen Umweltbewegungen in den Vereinigten Staaten der 1960er- und frühen 1970er-Jahre wirft, entdeckt enge personelle Banden und inhaltliche Verknüpfungen von Ökologie, Bevölkerungspolitik und Eugenik (Glättli/Niklaus 2014, 21–38). Und heute, in Zeiten der Globalisierung, beobachten wir eine Renaissance des Rassismus. Dabei überlappen sich rassistische und gewisse ökologische Denkmuster nicht zufällig. Dies erfordert eine genauere Bestimmung dessen, was wir unter Rassismus verstehen.

Wir gehen mit Christian Geulen einig, der in seiner kurzen «Geschichte

des Rassismus» (Geulen 2007) feststellt, dass die verbreitete Beschreibung des Rassismus als Grundübel der Menschheit, als falsche Reaktion auf real existierende Probleme und damit als unaufgeklärte Irrationalität problematisch ist. Eine solche Rassismuskritik beschreibt in der gleichen Art, wie dies der Rassismus selbst auch tut, ideologische und gesellschaftliche Differenzen als natürliche Unterschiede (ebd., 8–10). Der Rassismus kreiert dabei nicht nur «ein Bild der Welt, wie sie von Natur aus *ist*, sondern vor allem, wie sie von Natur aus sein *sollte*» (ebd., 11–13) – und stellt die auch gewaltsame Wiederherstellung dieses Idealbilds als natürliche Reaktion dar.

Sichtbar wird hier eine dreifache und teils widersprüchliche Funktion den die Begriffe der «Natur» resp. des «Natürlichen» für die Begründung des Rassismus spielen. Das Natürliche wird zuerst einmal als unhinterfragbare Begründung vorausgesetzt: Die Natur ist so, wie sie ist. Was als natürlich dargestellt wird, ist nicht weiter begründungspflichtig. Zum Zweiten wird Natur als zwingendes Ziel der praktischen Veränderung gesetzt: Sie muss so (wieder)hergestellt werden, wie sie sein soll. Drittens schliesslich dient der Verweis auf die Natur der Rechtfertigung des ausgrenzenden Handelns selbst: Was (in einem ökologischen Verständnis) «natürlicherweise» *gut* respektive (im klassisch rassistischen Verständnis) gar «natürlicherweise/genetisch» *besser* ist, setzt sich ja trotz aller sozialdarwinistischen Prämissen nicht wirklich immer durch, sondern kann sogar tatsächlich bedroht sein. Der «natürliche» Vorrang des Guten muss aktiv durch die Ausgrenzung des Unnatürlichen durchgesetzt werden. Der dabei auftauchende Rassismus bis hin zum tödlichen «survival of the fittest» wird nun selbst als ein natürliches Verhalten gerechtfertigt.

Auch im umgangssprachlichen Ökologiediskurs findet sich entsprechend die Wendung, dass «das natürliche Gleichgewicht» geschützt oder wiederhergestellt werden müsse. Offensichtlich setzt dieses Bild die Idee eigentlich natürlich vorhandener Grenzen voraus, welche einzelne Ökosysteme voneinander und vom Einfluss des Menschen abschirmt – anders wäre es logisch gar nicht denkbar, dass ein tatsächlich natürliches Gleichgewicht aus der Balance kommen könnte, wenn nicht durch fremde, ihm äussere Einflüsse.

Nationalismus, Kulturalismus und Ökoregionalismus – «Rassismus ohne Rassen»

Historisch lässt sich eine Verwandtschaft zwischen dem klassischen Rassismus, der Eugenik und gewissen Strömungen des Heimatschutzes als einem der Vorläufer der modernen ökologische Bewegung feststellen. Sie nehmen alle positiven Bezug auf das höherwertige eigene Erbe: sei dieses nun genetischer, landschaftlicher oder kultureller Art (Glättli/Niklaus 2014, 86).

Wir beobachten zudem im letzten halben Jahrhundert eine vertiefte Annäherung zwischen ökologischen Paradigmata und neuen Formen des Rassismus. In der modernen Gestalt der neuen Rechten im Sinne Alain de Benoists verabschiedet sich der Rassismus zumindest vordergründig von der Theorie der Überlegenheit einer bestimmten Rasse.[6] Er übernimmt vielmehr ein gewissermassen «ökologisches Paradigma»: nämlich die Idee natürlicherweise zueinander gehörender lokaler Ensembles, deren feste und gute Ordnung durch Interventionen von aussen bedroht wird, wobei zu diesen natürlichen Regionen die eingeborene lokale Bevölkerung, das «Volk», wesentlich dazugehört. In diesem Denken sind dann Rasse respektive Kultur natürlicherweise örtlich an ein bestimmtes Land, eine bestimmte Landschaft und Heimat gebunden. Das Motto dieses kulturalistischen Ethnopluralismus lautet entsprechend nicht mehr «Sieg der Herrenrasse», sondern «Die Schweiz den Schweizern, Afrika den Afrikanern». Was gleich bleibt, ist der «Kampf gegen jede Vermischung».

So feiert heute im Kulturalismus, befreit von der «unwissenschaftlichen» Fixierung auf das Blut und das genetische Erbe, das antiegalitäre Denken, die Idee von der natürlichen Einheit von Volk und Land fröhliche Urständ – gewissermassen als «Rassismus ohne Rassen»[7].

Und wie bereits der klassische Rassismus ist auch der Kulturalismus ebenso sehr Analysewerkzeug und Erzählstück als auch Handlungsanleitung und -rechtfertigung. An die Stelle des Rassenkampfs tritt der «Kampf der Kulturen»[8]. Zu dessen theoretischer Begründung wird Wissen über die Natur der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit und über die Naturnotwendigkeit genau dieser Unterscheidung produziert. Andererseits werden politisch und in der Alltagspraxis die vorgefundenen falschen Umstände der natürlichen, aber noch nicht realisierten «Wirklichkeit» tatkräftig und oft auch gewalttätig angepasst. Der Kulturalismus fertigt damit erst jene Kultur, Region, Nation, kurz: die Lebensweise, die er zu schützen vorgibt. Dabei fällt das Motiv einer rassischen oder kulturellen Überlegenheit weg. Vielmehr wird das rassistische, kulturalistische oder nationalistische Verhalten *selbst* zum «natürlichen» Verhalten erklärt.

Exemplarisch zeigt sich dies im Versuch der bürgerlichen Mehrheit bis hin zur SVP, der Bedrohung durch den altmodischen und plumpen Überlegenheitsrassismus Herr zu werden, indem die angeblich natürliche Ursache rassistischer Reaktionen bekämpft wird: die Überfremdung, verstanden als die Sichtbarkeit des «Anderen». Nur wer rassistische Abwehr als *natürliche* Reaktion auf Fremde versteht, kann im Ernst als Aufgabe vernünftiger Politik propagieren, dass man, um solch rassistischen Vorkommnissen vorzubeugen, die Fremden selbst verschwinden lassen müsse.

Welche Überlegungen sind daraus für die Auseinandersetzungen um die Umsetzung der MEI zu ziehen und für den Abstimmungskampf gegen

die Ecopop-Initiative? Vorab dies: Wenn die Fremdenangst nicht ein irrationales Symptom von tatsächlichen Problemen ist (die mit den AusländerInnen oder der Zuwanderung zusammenhängen mögen oder auch nicht), sondern eine moderne Rationalität, welche eine eigene neue Wirklichkeit produziert, dann hat das auch Folgen für die Auseinandersetzung mit ihr. Ein verbreiteter Ansatz zum politischen Kampf gegen sie verliert seine Grundlage: die «politische Psychoanalyse», welche hofft, dass die Aufdeckung oder Nacherzählung des Verdrängten praktisch wie von selbst die neurotischen Störungen der Gegenwart auflöst. Diese Position geht davon aus, dass das Ansprechen der Mechanismen der tatsächlichen Probleme (wie Lohndumping, Zersiedelung, Mietexplosion) dazu führt, dass Fremde nicht länger zum Sündenbock gemacht werden.

Es gibt keine flankierenden Massnahmen gegen Rassismus

Wir gehen davon aus, dass die Erschliessung des inländischen Arbeitskräftepotenzials durch eine Gleichstellung der Frauen und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zusammen mit anderen Massnahmen (wie dem Abbau der Standortförderung) durchaus das Potential hat, die Zuwanderung in die Schweiz ohne eine Aufkündigung der Personenfreizügigkeit zu beschränken. Ob man dies nun als EU-kompatible Umsetzung der MEI (Schellenbauer 2014, 5–7; Grüne Schweiz 2014) propagiert oder als Alternative zur Ecopop-Initiative, spielt keine Rolle. Die Umsetzung einer restriktiveren und besser koordinierten Raumplanung in Kombination mit einem klaren Kulturlandschutz wäre – im Gegensatz zur Einwanderungsbeschränkung – ihrerseits ein taugliches Mittel gegen die Zersiedelung. Und garantierte Mindestlöhne sowie Ausbildungsverpflichtungen der Betriebe könnten dem Lohndumping und dem Fachkräftemangel durchaus effektiv entgegenwirken.

Allerdings wäre es falsch, an die Umsetzung dieser Massnahmen – geschweige denn an deren blosse Thematisierung – die naive Erwartung zu knüpfen, damit der kulturalistischen Erzählung von rechts tatsächlich den Boden zu entziehen. Es gibt keine «flankierenden Massnahmen» gegen Rassismus, sei dieser nun nationalistisch, sozialpolitisch oder ökologisch begründet.

Dies heisst nicht, dass sich die ökologische Linke in der Lösung der Probleme zurückhalten müsste. Im Gegenteil. Wir dürfen und sollen uns weiterhin für unsere Ziele einsetzen – und zwar weil wir sie an und für sich für richtig halten: sei dies der Kampf gegen das unsinnige Steuer- und Standortdumping, für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gegen die Zersiedelung oder für klare Riegel gegen die Ausbeutung der schwächsten Arbeitskräfte. Die weltweite Ausbeutung von Natur und Mensch erfordert zudem im Kleinen wie im Grossen unser ganzes Engagement hin zu

einer Wende zur Suffizienz (Glättli/Niklaus 2014, 133–138). Denn die Schattenseite einer rein auf kapitalistische Verwertbarkeit fokussierten konsumistischen Überflussgesellschaft sind, wie Trojanow richtig sagt, überflüssige Menschen (Trojanow 2013, 38).

Dass es keine «flankierenden Massnahmen» gegen Rassismus gibt, heisst aber, dass die ökologische Linke bereit sein muss, parallel zu den erwähnten Auseinandersetzungen auch direkt die Fremdenfeindlichkeit zu denunzieren und sich von ihr abzusetzen. Der Durchbruch von Ecopop als obskurer kleinen Organisation in die Öffentlichkeit, überhaupt der Sammelerfolg ihrer Initiative, wurde erst möglich, weil die Organisation ihre traditionelle formelle Abgrenzung gegen fremdenfeindliche politische Kreise überwand (Glättli/Niklaus 2014, 112–115). Wir sind der Überzeugung, dass entsprechend die Auseinandersetzung mit den Ideen der MEI und von Ecopop nur dann zu gewinnen ist, wenn eben dieses Amalgam von ökologischem und rassistischem Denken als solches kritisch thematisiert wird. Zu betonen gilt es dabei den fundamentalen Unterschied zwischen einer treffenden Wirtschaftswachstumsskepsis bei der Betrachtung des begrenzten Raumschiffs Erde und einer egoistischen Politik der selektiven Abschottung des Rettungsbootes «Paradiesli» Schweiz.[9] Zu bekämpfen gilt es aus linker und liberaler Perspektive die verdeckt vorhandene oder offen formulierte Vision einer hierarchisch geordneten, statischen Gesellschaft und Länderordnung. Nicht durch die Einnahme seiner spezifischen natürlichen Funktion und seines natürlichen Orts in einem organischen Ganzen hat jeder einzelne Mensch seinen Wert, sondern durch gleiche und unveräusserliche Menschenrechte!

Dabei gilt es im Kern, nicht nur die Annahme einer deterministischen, ungleichen Welt zu hinterfragen, sondern vor allem die offene, politische Frage zu stellen, welches Interesse und «[...] welcher Geist hinter der angeblich reinen Natur und welcher Wille hinter der deterministischen Überzeugung steht» (Geulen 2007, 108).

Anmerkungen

1 Die von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) lancierte Masseneinwanderungsinitiative verlangt, dass die Einwanderung kontingentiert wird, ohne konkrete Zahlen zu nennen. Massgabe sollen die volkwirtschaftlichen Interessen sein, die Bedürfnisse der Wirtschaft nach Arbeitskräften sollen also zufriedengestellt werden. Die Ecopop-Initiative verlangt dagegen eine strenge Reduktion der Einwanderung mit dem Ziel, das Wachstum der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung im Dreijahresmittel auf jährlich 0,2 Prozent zu limitieren. (Ecopop 2012)

2 So schrieben die Initianten im Bundesbüchlein, der offiziellen Abstimmungserläuterung: «Die Initiative will dabei weder einen generellen Stopp der Zuwanderung, noch verlangt sie die Kündigung der bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union, EU: Sie gibt dem Bundesrat aber den Auftrag, mit der EU Nachverhandlungen

über die Personenfreizügigkeit und damit über die eigenständige Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung zu führen: eine vernünftige und massvolle Initiative.» (Bundesrat 2014, 35)

3 Eine Sonderposition nimmt hier der bäuerliche Flügel ein, der sich zumindest im Bereich der agrarischen Produktion für den Schutz der einheimischen Produzenten einsetzt. Die notwendigen Unterschriften für die Initiative des Bauernverbandes zur Stützung und Steigerung der einheimischen Agrarproduktion wurden im Frühling 2014 in kürzester Zeit gesammelt.

4 Wir verwenden diesen Begriff in Abgrenzung zur ersten Globalisierung zwischen etwa 1850 und 1914. (vgl. Nützenadel 2005).

5 Diese Positionierung steht im offensichtlichen Gegensatz zum tatsächlichen Engagement der SVP in den entsprechenden Politikbereichen. So lehnte die Partei auf eidgenössischer Ebene sowohl die Revision des Raumplanungsgesetzes als auch die Zweitwohnungsinitiative ab und stellte sich im Kanton Zürich auch gegen die grüne Initiative zum Schutz des Kulturlands.

6 Für eine kurze kritische Einführung in das Denken der Neuen Rechten vgl. Eckert 2010.

7 «Der neue Rassismus ist ein Rassismus der Epoche der ‹Entkolonialisierung›, in der sich die Bewegungsrichtung der Bevölkerung zwischen den alten Kolonien und den alten ‹Mutterländern› umkehrt und sich zugleich die Aufspaltung der Menschheit innerhalb eines einzigen politischen Raumes vollzieht. Ideologisch gehört der gegenwärtige Rassismus, der sich bei uns um den Komplex der Immigration herum ausgebildet hat, in den Zusammenhang eines ‹Rassismus ohne Rassen›, wie er sich ausserhalb Frankreichs, vor allem in den angelsächsischen Ländern, schon recht weit entwickelt hat: eines Rassismus, dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist. Eines Rassismus also, der – jedenfalls auf den ersten Blick – nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere postuliert, sondern sich darauf ‹beschränkt›, die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen zu behaupten», schreiben dazu Balibar und Wallerstein (Balibar / Wallerstein 1998, 28).

8 Diesen Begriff prägte Samuel Huntington, bereits vor den Ereignissen des 11. September 2001 – allerdings gewann er im Nachgang zu 9 / 11 an massivem Einfluss in der Öffentlichkeit.

9 Notwendig ist dabei die gleiche Klarheit, wie sie auf der Gegenseite den neokonservativen Biologen Garret Hardin auszeichnete, der schon 1974, vor den egalitären Implikationen der Raumschiff-Metapher, warnte: «Umweltschützer benutzen die Metapher von Erde als ‹Raumschiff› [...]. Sie argumentieren, kein Mensch [...] habe das Recht [...], mehr als seinen fairen Anteil der Ressourcen zu nutzen. Aber hat jedermann auf der Erde ein gleiches Recht auf einen gleichen Anteil der Ressourcen? Die Raumschiff-Metapher kann gefährlich sein, wenn sie von irregeleiteten Idealisten missbraucht wird, um eine selbstmörderische Politik zu rechtfertigen, welche unsere Ressourcen durch unkontrollierte Einwanderung und Auslandhilfe teilt. [...] Sie verwechseln die Ethik eines Raumschiffs mit der eines Rettungsbootes.» (Hardin 1974) Dies bedeutet auch, kritisch zu hinterfragen, welche Auswirkungen die Aufnahme rechter Erklärungsmuster hat beim Versuch, ökologische Anliegen mehrheitsfähig zu machen, wie beispielsweise die Verherrlichung der Schweizer Alpen, die sicher wesentlich zum Erfolg der Alpeninitiative beigetragen hat.

Literatur

Balibar, Étienne / Wallerstein, Immanuel, 1998: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Berlin

Bundesrat, 2014: Volksabstimmung vom 9. Februar 2014: Erläuterungen des Bundesrates. www.ch.ch/index.php/download_file/force/311/2509 (Abfrage 7.4.2014)

Eckert, Roland, 2010: Kulturelle Homogenität und aggressive Intoleranz. Eine Kritik der Neuen Rechten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 44, Bonn, 26–33

Ecopop, 2012: Eidgenössische Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen». www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis406t.html (Abfrage 3.1.2014)

Ehrlich, Paul R., 1973: Die Bevölkerungsbombe. Frankfurt a. M.

Etzemüller, Thomas, 2007: Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert. Bielefeld

Geulen, Christian, 2007: Geschichte des Rassismus. München

Glättli, Balthasar, 2007: ShowDown? Grüne Gedanken zur Woche. In: P.S., 22.11., Zürich

Glättli, Balthasar / Niklaus, Pierre-Alain, 2014: Die unheimlichen Ökologen. Sind zu viele Menschen das Problem? Zürich

Grüne Schweiz, 2014: Masseneinwanderung: Die Grünen fordern eine Europa-kompatible Lösung. www.gruene.ch/gruene/de/positionen/internationales/europapolitik/9-Februar-2014--wie-weiter-/medienmitteilungen/mei_umsetzungskonzept.html (Abfrage 24.6.2014)

Hardin, Garrett, 1974: Lifeboat Ethics: the Case Against Helping the Poor. In: Psychology Today. www.garretthardinsociety.org/articles/art_lifeboat_ethics_case_against_helping_poor.html (Abfrage 5.3.2014)

Huntington, Samuel P., 1998: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München

Laurent, Eloi, 2012: Demokratisch, gerecht, nachhaltig. Die Perspektive der Sozial-Ökologie. Zürich

Medienmitteilung EDA, 2014: Beziehungen Schweiz-EU: Start der Verhandlungen zu den institutionellen Fragen. www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=53073 (Abfrage 7.5.2014)

Nützenadel, Alexander, 2005: Globalisierung und transnationale Geschichte. www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=583&type=artikel (Abfrage 25.8.2014)

Parlamentsdienste, 2003: Amtliches Bulletin, Bern. www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4620/92146/d_n_4620_92146_92276.htm (Abfrage 7.4.2014)

Schellenbauer, Patrik, 2014: Globalziel statt Kontingente. Zürich

Speit, Andreas, 2013: Grüne Braune. Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von Rechts. Münster

Thie, Hans. 2013: Ökologische Gleichheit. Warum grün zu sein heute links sein bedeutet. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10, Berlin, 71–82

Trojanow, Ilija, 2013: Der überflüssige Mensch. St. Pölten